

Thema	CDU	SPD	DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE
Homeoffice	<ul style="list-style-type: none"> Flexibilitätsspielräume ausweiten Arbeits- und Gesundheitsschutz stärken sozialpartnerschaftliche Regelungen der Tarifvertrags- und Betriebsparteien 	<ul style="list-style-type: none"> Rechtsanspruch auf mobile Arbeit 24 Tage im Jahr Arbeits- und Ruhezeiten gelten Arbeitszeit muss vollständig erfasst werden Recht auf Nichterreichbarkeitszeiten und auf technische Ausstattung Mitbestimmungsrecht bei Einführung und Ausgestaltung 	<ul style="list-style-type: none"> Recht auf mobiles Arbeiten strikte Schutzkriterien stärken den Einfluss der Interessensvertretungen 	<ul style="list-style-type: none"> Arbeitgeber muss Antrag der Beschäftigten auf Homeoffice prüfen und mit ihnen erörtern im Homeoffice soll das Arbeitsschutzgesetz und nicht die Arbeitsstättenverordnung gelten erhöhte Werbungskostenpauschale 	<ul style="list-style-type: none"> Recht auf Homeoffice Bedingungen werden per Tarifvertrag oder per Betriebs-/ Dienstvereinbarung geregelt Arbeitsschutz muss auch im Homeoffice uneingeschränkt gelten
Arbeitszeit	<ul style="list-style-type: none"> Reform des Arbeitszeitgesetzes unter Ausnutzung der Spielräume des EU-Rechts wöchentliche Höchstarbeitszeit Verhinderung von Missbrauch und Entgrenzung 	<ul style="list-style-type: none"> Erhalt der Schutzfunktion des Arbeitszeitgesetzes keine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit 	<ul style="list-style-type: none"> Verbesserung der Möglichkeit, selbst flexibler über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen Umgestaltung starrer Vollzeit durch flexiblen Arbeitszeitkorridor Arbeitszeit soll künftig nach EuGH-Vorgabe dokumentiert werden bessere Kontrolle existierender Regelungen 	<ul style="list-style-type: none"> mehr Flexibilität im Arbeitszeitgesetz wöchentliche Höchstarbeitszeit Einteilung der Arbeitszeit muss flexibler möglich sein Summe der täglich notwendigen Ruhezeit bleibt bestehen Ermöglichung flexibler Regelungen in Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen 	<ul style="list-style-type: none"> Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche mit vollem Lohnausgleich Begrenzung von Überstunden und Absenkung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung Recht auf Sabbatjahr mit Rückkehrrecht Begrenzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf maximal 40 Stunden pro Woche weniger Ausnahmen von der täglichen Höchstarbeitszeit von 8 Stunden
Befristung	<ul style="list-style-type: none"> befristete Arbeitsverhältnisse sollen die Ausnahme sein keine Ausweitung von Kettenbefristungen sachgrundlose Befristung soll die Ausnahme bleiben und darf zwei Jahre nicht überschreiten Verhinderung von Missbrauch 	<ul style="list-style-type: none"> Abschaffung der sachgrundlosen Befristung kritische Überprüfung der gesetzlichen Gründe für eine Befristung 	<ul style="list-style-type: none"> keine Befristung von Arbeitsverträgen ohne sachlichen Grund 	kein Thema im FDP-Wahlprogramm	<ul style="list-style-type: none"> Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen enge Begrenzung zulässiger Sachgründe ab dem dritten Arbeitsvertrag beim selben Arbeitgeber zwingend unbefristet
Mitarbeiterkapitalbeteiligung	<ul style="list-style-type: none"> klarer rechtlicher Rahmen durch Betriebsvereinbarungen Harmonisierung der Regeln für Mitarbeiterkapitalbeteiligung in der EU 	<ul style="list-style-type: none"> rechtliche Rahmenbedingungen für Unternehmen in Verantwortungseigentum verbessern 	<ul style="list-style-type: none"> stärkere finanzielle Beteiligung von Mitarbeitern an den Unternehmen zusätzlich zu Lohn und Gehalt leichterer Zugang zu Mitarbeiterbeteiligung 	<ul style="list-style-type: none"> Mitarbeiterkapitalbeteiligung als Chance für langfristigen Vermögensaufbau etablieren Besteuerung erst bei Veräußerung 	<ul style="list-style-type: none"> Genossenschaften und Belegschaftsbetriebe

Thema	CDU	SPD	DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE
Leiharbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Erhalt der Zeitarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Equal Pay ab dem ersten Tag • mehr echte Mitbestimmung bei Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen 	<ul style="list-style-type: none"> • Equal Pay ab dem ersten Tag • Flexibilitätsprämie 	<ul style="list-style-type: none"> • unnötige gesetzliche Sonder Vorschriften abschaffen • Höchstüberlassungsdauer aufheben 	<ul style="list-style-type: none"> • Verbot von Leiharbeit • bis dahin Equal Pay ab dem ersten Tag • Flexibilitätszulage von 10 Prozent • Leiharbeit nur mit Zustimmung des BR • AÜG auf den Arbeitsplatz fokussieren statt auf den Beschäftigten
Mitbestimmung	<ul style="list-style-type: none"> • verlässliche Mitbestimmung • möglichst viele Beschäftigte sollen durch Betriebs- und Personalräte vertreten sein • Onlinewahl von Betriebsräten 	<ul style="list-style-type: none"> • Erweiterung der Mitbestimmung auf Unternehmen mit ausländischer Rechtsform • Ausweitung des Geltungsbereichs durch die Absenkung der Unternehmensgrößen-schwellenwerte • zwingende Mitbestimmung bei Verlagerung und Schließungen von Betriebsstandorten • echte Parität in den Aufsichtsräten • mehr Mitbestimmung bei Beschäftigtensicherung und Betriebsänderungen, beim Einsatz neuer Technologien, bei der Personalbemessung und bei der betrieblichen Weiterbildung • Ausweitung des Kündigungsschutzes für BR • digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften zum „virtuellen“ Betrieb 	<ul style="list-style-type: none"> • paritätische Mitbestimmung künftig bereits ab 1.000 Beschäftigten • neues Schlichtungsverfahren • mehr Schutz für Betriebsräte und Beschäftigten, die erstmals einen Betriebsrat gründen wollen • Mitbestimmung ausbauen und modernisieren bei Personalentwicklung, Weiterbildung, Standortverlagerungen ins Ausland, Stärkung von Frauen, Förderung von Vielfalt und bei Verbesserung der Klimabilanz im Unternehmen 	kein Thema im FDP-Wahlprogramm	<ul style="list-style-type: none"> • mehr Mitbestimmung bei Einführung von Digitaltechnologien und digitalen Arbeitsprozessen sowie bei Personalbemessung, Leistungsanforderungen und Weiterbildungsbedarf • zwingende Mitbestimmung bei Arbeitsorganisation, Personalbemessung, prekärer Beschäftigung und Qualifizierung • zwingende Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen • Initiativrechte bei Investitionsentscheidungen, Fertigungstiefen, Aus- und Verlagerungen, Schließungen von Betrieben, Rationalisierungsvorhaben und neuen Arbeitsmethoden und Steuerungsmechanismen • Ausweitung des Kündigungsschutzes • ab 500 Beschäftigten echte paritätische Mitbestimmung
Minijobs	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Minijobgrenze von 450 Euro auf 550 Euro 	<ul style="list-style-type: none"> • Einbeziehung in Sozialversicherung • Anhebung Gleitzone der Midijobs auf 1.600 Euro 	<ul style="list-style-type: none"> • Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen • Regelungen für haushaltsnahe Dienstleistungen schaffen 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Minijob- und Midijobgrenze dynamische Kopplung an den gesetzlichen Mindestlohn 	<ul style="list-style-type: none"> • Überführung in sozial voll-abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse • Rechtsanspruch auf Vollzeitstelle
Arbeitnehmerdatenschutz	kein Thema im Wahlprogramm der CDU	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines Beschäftigtendatenschutzgesetzes 	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung von Regelungen zum Beschäftigtendatenschutz 	kein Thema im Wahlprogramm der FDP	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines Beschäftigtendatenschutzgesetzes

Thema	CDU	SPD	DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE
Tariffindung Tariftreue OT-Mitgliedschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Vorrang für Regelungen auf tariflicher, betrieblicher und vertraglicher Ebene • Allgemeinverbindlichkeitsklärung in Branchen mit geringer Tariffindung stärken 	<ul style="list-style-type: none"> • Allgemeinverbindlichkeitsklärung vereinfachen • Weitergeltung von Tarifverträgen bei Betriebsaufspaltung und -auslagerung • Zurückdrängung OT-Mitgliedschaft • Bundestariftreuegesetz mit öffentlicher Auftragsvergabe nur bei Tariffindung 	<ul style="list-style-type: none"> • Bundestariftreuegesetz mit öffentlicher Auftragsvergabe nur bei Tariffindung • leichtere Allgemeinverbindlichkeitsklärung • Veröffentlichungspflicht, ob Betriebe Tarifvertragspartei sind • bei Umstrukturierungen Weitergeltung bisheriger tariflicher Regelungen 	kein Thema im FDP-Wahlprogramm	<ul style="list-style-type: none"> • staatliche Unterstützung nur bei Tariffindung • Allgemeinverbindlichkeitsklärung vereinfachen • öffentliche Aufträge an Tariftreue binden • tariflich geregelte Entgelttabellen per Rechtsverordnung auch auf nicht tarifgebundene Unternehmen erstrecken • bei Betriebsübergängen Weitergeltung bisheriger tariflicher Regelungen • gewerkschaftliches Verbandsklagerecht zur Einhaltung von Tarifverträgen • Abschaffung von OT-Mitgliedschaften
Mindestlohn	kein Thema im Wahlprogramm der CDU	<ul style="list-style-type: none"> • Mindestlohn zunächst auf 12 Euro erhöhen • Spielräume der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ausweiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Mindestlohn sofort auf 12 Euro anheben • Mindestlohnkommission reformieren • bestehende Ausnahmen für Jugendliche und Langzeitarbeitslose abschaffen 	kein Thema im Wahlprogramm der FDP	<ul style="list-style-type: none"> • Anhebung des Mindestlohns auf 13 Euro • keine Verrechnung von Zuschlägen für Sonntags-, Schicht- oder Mehrarbeit mit dem Mindestlohn • Streichung sämtlicher Ausnahmen vom Mindestlohn • Zahl der Kontrolleure beim Zoll verdoppeln • Einrichtung eines offiziellen Meldeportals gegen Mindestlohnbetrug
Entgeltgleichheit Gender Pay Gap	<ul style="list-style-type: none"> • Beseitigung geschlechterspezifischer Lohn- und Rentenlücken • Evaluation des Entgelttransparenzgesetzes und falls nötig weitere Überarbeitung 	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung der EU-Gleichstellungsstrategie und Pay-Transparenz-Richtlinie der EU • Weiterentwicklung Entgelttransparenzgesetz 	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines Entgeltgleichheitsgesetzes mit Verbandsklagerecht • Lohncheckverfahren zur Aufdeckung von Diskriminierungen • Verpflichtung, Lohnstrukturen auf Diskriminierung zu überprüfen und den Beschäftigten anonymisierte Spannen der Gehalts- und Honorarstruktur zugänglich zu machen 	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen unternehmensinternen Gender-Pay-Gap auswerten und veröffentlichen 	<ul style="list-style-type: none"> • Auskunftsanspruch im Entgelttransparenzgesetz durch Verbandsklagerecht ergänzen

Thema	CDU	SPD	DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE
Betriebliche Weiterbildung und Aufstiegs-BAföG	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesprogramm Bildungsprämie ausbauen • Aufstiegs-BAföG fortentwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> • Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart in allen Lebensphasen • Recht, auch mit 40plus noch einmal einen neuen Beruf zu erlernen • geförderte Bildungszeit und Bildungsteilzeit mit Freistellungsanspruch • finanzielle Förderung der Bildungszeit • Transformations-Kurzarbeitergeld zur Qualifizierung von Beschäftigten • BAföG und Aufstiegs- • BAföG zusammen-führen. • Einführung Neustart-BAföG 	<ul style="list-style-type: none"> • individueller Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung • Einführung Weiterbildungsgeld und Weiterbildung-BAföG • Freistellungsanspruch mit Rückkehrrecht auf vorherigen Stundenumfang 	<ul style="list-style-type: none"> • „Midlife-BAföG“ von bis zu 1.000 Euro im Jahr • Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten auf persönlichem Freiraumkonto • zentrale digitale Plattform öffentlicher und privater Anbieter 	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterbildungsanspruch mit Recht auf Weiterbildungsgeld • verpflichtende qualifizierte Personalplanung in Betrieben mit über 100 Beschäftigten • Freistellungs- oder Arbeitszeitreduzierungsanspruch • Lohnausgleich während Bildungsteilzeit von mindestens 70 Prozent des Nettogehalts • Weiterbildungsfonds, in den alle Unternehmen einer Branche einzahlen
Frauenförderung/ Quotenregelungen	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Chancengleichheit • mehr Familienfreundlichkeit auch in Führungspositionen 	<ul style="list-style-type: none"> • völlige Gleichstellung von Männern und Frauen bis 2030 • Gleichstellungsstrategie mit verbindlichem Fahrplan • Ausweitung der Quote für Aufsichtsräte und Vorstände auf alle börsennotierten oder mitbestimmten Unternehmen mit Sanktionen bei Nichterfüllung 	<ul style="list-style-type: none"> • Quoten mit Ziel 50% Frauenanteil • mindestens ein Drittel der Vorstands- und 40 % der Aufsichtsratssitze größerer und börsennotierter Unternehmen gehen bei Neubesetzung an Frauen • Verbandsklagerecht bei Diskriminierungen am Arbeitsmarkt • echtes Recht auf Rückkehr in Vollzeit, auch in kleineren Betrieben 	<ul style="list-style-type: none"> • verpflichtende Gleichstellungsberichte für mehr Transparenz • keine Quoten, sondern Selbstverpflichtung der Wirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Frauenquote für Führungspositionen von 50 Prozent
Inklusion im Arbeitsmarkt	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung des betrieblichen Eingliederungsmanagements • Ausbau von Frühwarnsystemen und effizienten Präventivmaßnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen • Weiterentwicklung der Ausgleichsabgabe • Schaffung einer einheitlichen Ansprechstelle für kleine und mittlere Unternehmen für Fragen zu Barrierefreiheit oder Lohnzuschüssen 	<ul style="list-style-type: none"> • Absicherung und Stärkung der Selbstvertretungsstrukturen • Erhöhung der Ausgleichsabgabe • Werkstattssystem zu einem System von Inklusionsunternehmen weiterentwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> • bessere Beratung und Arbeitsvermittlung für Menschen mit Behinderungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Inklusionsunternehmen mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für Menschen mit Behinderung • Anreize für Beschäftigung bei öffentlichen und privaten Arbeitgebern im allgemeinen Arbeitsmarkt • Rechte der Schwerbehindertenvertretungen ausweiten

Thema	CDU	SPD	DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE
Plattform-Economy	<ul style="list-style-type: none"> • neue Arbeitsformen (wie Gig-, Click- und Crowdfunding) aufmerksam begleiten und bei möglichen Fehlentwicklungen gesetzgeberisch eingreifen 	<ul style="list-style-type: none"> • digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften zum „virtuellen“ Betrieb • Plattform-Beschäftigte sollen sich zusammenschließen können, um Arbeitsbedingungen mit den Plattformen auszuhandeln 	<ul style="list-style-type: none"> • Anpassung von Arbeitsrecht und Arbeitsschutz an die Onlinewelt • gesetzliche Regulierung online getätigter oder vermittelter Arbeit • digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften 	kein Thema im Wahlprogramm der FDP	<ul style="list-style-type: none"> • volle Arbeits- und Mitbestimmungsrechte sowie voller Sozialversicherungsschutz für Plattform- Beschäftigte • Lohnfortzahlung im Krankheitsfall • Pflicht zur Stellung der Arbeitsausstattung • Anpassung des Betriebsbegriffs • digitales Zugangsrecht der Gewerkschaften zu den Betrieben
Scheinselbstständigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Verhinderung von Scheinselbstständigkeit bei gleichzeitig mehr Rechtssicherheit für Selbstständige und ihre Auftraggeber • Vereinfachung und Beschleunigung des Statusfeststellungsverfahrens • Verbesserung der personellen Ausstattung der Clearingstelle 	<ul style="list-style-type: none"> • einfachere Klärung des Arbeitnehmerstatus 	<ul style="list-style-type: none"> • mehr Rechts- und Planungssicherheit bei der Abgrenzung zwischen selbstständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung mit Beweislastumkehr zulasten des Arbeitgebers • Mindesthonorar für zeitbasierte Dienstleistungen • branchenspezifische verbindliche Honoraruntergrenzen mit Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung • Arbeitnehmerähnliche Personen und Soloselbstständige sollen sich leichter tariflich organisieren können. 	<ul style="list-style-type: none"> • Reform des Statusfeststellungsverfahrens mit klaren gesetzlichen Positivkriterien • Prüfung durch eine unabhängige Stelle statt durch die Rentenversicherung 	<ul style="list-style-type: none"> • Reform des Arbeitnehmerbegriffs • Arbeitsrechte und Betriebsverfassung müssen für alle wirtschaftlich abhängig Beschäftigten gelten • Einbeziehung von Soloselbstständigen in die Sozialversicherung • bundesweite branchenspezifische Mindesthonorarregelungen
Interessante Specials	<ul style="list-style-type: none"> • Erleichterung von Personalpartnerschaften, damit sich zwei Unternehmen freie Personalkapazitäten mit Zustimmung der Betriebsräte untereinander zur Verfügung stellen können 	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung von Langzeitkonten zu persönlichen Zeitkonten, die per Tarifvertrag oder durch den Staat nach dem Prinzip eines Chancenkontos aufgestockt werden können 	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer Unternehmensform für Verantwortungseigentum 	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines „Partnerschutzes“ analog zum Mutterschutz 	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung verbindlicher Obergrenzen für Manager- und Vorstandsgehälter, die maximal das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Unternehmen betragen dürfen